

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlag: Rieser Verlag, Riesa, General-Dr. 20.

Postfach: Riesa 21000, Straße Riesa Nr. 22.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 269.

Montag, 18. November 1918, abends.

71. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postamt vierteljährlich 3,00 Mark, monatlich 1,20 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite Grundzeile (7 Spalten) 20 Pf., Preis für 25 Pf.; zeitraubende und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Beste Karte. Bemerklicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierteljährliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Relationsdruck und Verlag: Lang & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Kühnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Verkauf von Werktagshosen und Werktagshemden.

In den einschlägigen Geschäften kommt, und zwar nur für Einwohner des Kommunalbezirks, ein Leiber nur ganz kleiner Posen von Werktagshosen zum Preis von Mk. 14,20 und Werktagshemden " " " " 21,80 zum Verkauf.

Die Abgabe erfolgt nach vorschriftsmäßiger Ausfüllung eines Bestandsfragebogens gegen:

1. einen Bescheinigung
2. einer Bescheinigung

einer Ortsbehörde des hiesigen Bezirks (Stadttrat, Bürgermeister, Gemeindevorstand oder Gutshausbesitzer) darüber, daß der Antragsteller der Gegenstände dringend bedürftig ist und den Bedarf nur durch Kauf der dem Kommunalverband zur Verfügung stehenden Reichsware decken kann.

Die Händler haben die unter 2 genannte Bescheinigung unauferfordert am 1. eines jeden Monats dem Kommunalverband — Bescheinigungsstelle — vorschriftsmäßig einzuwenden.

Zu widerstand gegen diese Bestimmungen, insbesondere Verkauf zu höheren Preisen oder an Personen, die außerhalb des Bezirks wohnen oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, werden auf Grund von § 20, Absatz 1, Ziffer 1 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 28. 12. 16 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 15000 Mark bestraft.

Großenhain, am 16. November 1918.

716 b k

Abgabe von Zucker

an Minderbemittelte zu herabgesetzten Preisen.

Die Amtshauptmannschaft hat nach Beschluß des Ernährungs- und Bezirksausschusses beschlossen, der minderbemittelten Bevölkerung in der Stadt Radeburg, sowie in den Landgemeinden des Bezirks für jedes auf den zweiten Abschnitt der Zuckerkarte Reihe 11 erworbene Pfund Zucker den Betrag von 30 Pf. zu gewähren.

Zur minderbemittelten Bevölkerung sind im vorliegenden Falle lediglich die Personen zu rechnen, deren Einkommen nicht mehr als 2500 M. beträgt. Jeder Haushaltungsvorstand mit einem Einkommen von weniger als 2500 M. kann sozial Pfund Zucker zu einem um 30 Pf. billigeren Preise gegen Abgabe des für die Zeit vom 22. November bis 12. Dezember 1918 laufenden Abschnittes der Zuckerkarte Reihe 11 beziehen, als er Zuckerkarten zur Verfügung hat.

Die Entnahme hat bis spätestens den 30. laufenden Monats zu erfolgen. Nach diesem Tage kann von der Veranlassung nicht mehr Gebrauch gemacht werden. Aber sich zu den Minderbemittelten im vorstehenden Sinne rechnet und Zucker zu dem herabgesetzten Preise beziehen will, hat sich vorher bei der Gemeindebehörde seines Wohnortes den zweiten Abschnitt der Zuckerkarte Reihe 11 auf der Rückseite mit dem Gemeindefürsorgeamt abstemplen zu lassen.

Die Zuckerentnahmen sollen auf die so abgestempelten auf die Zeit vom 22. November bis 12. Dezember 1918 laufenden Abschnitte der Zuckerkarte Reihe 11 den Zucker um 30 Pf. pro Pfund billiger verabfolgt, die abgestempelten Abschnitte sammeln und der Gemeindebehörde vorlegen, die über die Anzahl der abgelieferten Abschnitte eine Bescheinigung ausstellen hat.

Die Bescheinigungen haben die Geschäftsinhaber der Amtshauptmannschaft bis spätestens den 4. Dezember 1918 einzuweisen. Auf Grund derselben wird der Preisunterchied von 30 Pf. für jeden abgestempelten Abschnitt erachtet werden.

Nach dem 4. Dezember 1918 eingehende Bescheinigungen können nicht berücksichtigt werden.

Großenhain, am 16. November 1918.

1267 c III.

Abgabe von Zucker

an Minderbemittelte zu herabgesetzten Preisen.

Die Amtshauptmannschaft hat nach Beschluß des Ernährungs- und Bezirksausschusses beschlossen, der minderbemittelten Bevölkerung in der Stadt Radeburg, sowie in den Landgemeinden des Bezirks für jedes auf den zweiten Abschnitt der Zuckerkarte Reihe 11 erworbene Pfund Zucker den Betrag von 30 Pf. zu gewähren.

Zur minderbemittelten Bevölkerung sind im vorliegenden Falle lediglich die Personen zu rechnen, deren Einkommen nicht mehr als 2500 M. beträgt. Jeder Haushaltungsvorstand mit einem Einkommen von weniger als 2500 M. kann sozial Pfund Zucker zu einem um 30 Pf. billigeren Preise gegen Abgabe des für die Zeit vom 22. November bis 12. Dezember 1918 laufenden Abschnittes der Zuckerkarte Reihe 11 beziehen, als er Zuckerkarten zur Verfügung hat.

Die Entnahme hat bis spätestens den 30. laufenden Monats zu erfolgen. Nach diesem Tage kann von der Veranlassung nicht mehr Gebrauch gemacht werden. Aber sich zu den Minderbemittelten im vorstehenden Sinne rechnet und Zucker zu dem herabgesetzten Preise beziehen will, hat sich vorher bei der Gemeindebehörde seines Wohnortes den zweiten Abschnitt der Zuckerkarte Reihe 11 auf der Rückseite mit dem Gemeindefürsorgeamt abstemplen zu lassen.

Die Zuckerentnahmen sollen auf die so abgestempelten auf die Zeit vom 22. November bis 12. Dezember 1918 laufenden Abschnitte der Zuckerkarte Reihe 11 den Zucker um 30 Pf. pro Pfund billiger verabfolgt, die abgestempelten Abschnitte sammeln und der Gemeindebehörde vorlegen, die über die Anzahl der abgelieferten Abschnitte eine Bescheinigung ausstellen hat.

Die Bescheinigungen haben die Geschäftsinhaber der Amtshauptmannschaft bis spätestens den 4. Dezember 1918 einzuweisen. Auf Grund derselben wird der Preisunterchied von 30 Pf. für jeden abgestempelten Abschnitt erachtet werden.

Nach dem 4. Dezember 1918 eingehende Bescheinigungen können nicht berücksichtigt werden.

Großenhain, am 16. November 1918.

1267 c III.

Abgabe von Zucker

an Minderbemittelte zu herabgesetzten Preisen.

Die Amtshauptmannschaft hat nach Beschluß des Ernährungs- und Bezirksausschusses beschlossen, der minderbemittelten Bevölkerung in der Stadt Radeburg, sowie in den Landgemeinden des Bezirks für jedes auf den zweiten Abschnitt der Zuckerkarte Reihe 11 erworbene Pfund Zucker den Betrag von 30 Pf. zu gewähren.

Zur minderbemittelten Bevölkerung sind im vorliegenden Falle lediglich die Personen zu rechnen, deren Einkommen nicht mehr als 2500 M. beträgt. Jeder Haushaltungsvorstand mit einem Einkommen von weniger als 2500 M. kann sozial Pfund Zucker zu einem um 30 Pf. billigeren Preise gegen Abgabe des für die Zeit vom 22. November bis 12. Dezember 1918 laufenden Abschnittes der Zuckerkarte Reihe 11 beziehen, als er Zuckerkarten zur Verfügung hat.

Die Entnahme hat bis spätestens den 30. laufenden Monats zu erfolgen. Nach diesem Tage kann von der Veranlassung nicht mehr Gebrauch gemacht werden. Aber sich zu den Minderbemittelten im vorstehenden Sinne rechnet und Zucker zu dem herabgesetzten Preise beziehen will, hat sich vorher bei der Gemeindebehörde seines Wohnortes den zweiten Abschnitt der Zuckerkarte Reihe 11 auf der Rückseite mit dem Gemeindefürsorgeamt abstemplen zu lassen.

Die Zuckerentnahmen sollen auf die so abgestempelten auf die Zeit vom 22. November bis 12. Dezember 1918 laufenden Abschnitte der Zuckerkarte Reihe 11 den Zucker um 30 Pf. pro Pfund billiger verabfolgt, die abgestempelten Abschnitte sammeln und der Gemeindebehörde vorlegen, die über die Anzahl der abgelieferten Abschnitte eine Bescheinigung ausstellen hat.

Kerzenverkauf.

Die Kerzen für Monat Oktober sind bei Herrn August Haller, Oschauer Straße, eingetroffen.
Gröba, Elbe, am 16. November 1918. Der Gemeindevorstand.

Für die Bildung eines Ortsausschusses zur Sicherung der Volksernährung sind von den Einwohnern der Gemeinden Gröba und Forberge 4 Mitglieder zu wählen, die aus Verbrauchern bestehen, also nicht zu den Erzeugern gehören. Wahlberechtigt sind alle über 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Einwohner der Gemeinden Gröba und Forberge.

Die Wahlhandlung findet morgen Dienstag, den 19. November, von nachmittags 3 bis 7 Uhr im Gemeindevorstand Gröba, Zimmer Nr. 6, statt. Die Wahlhandlung wird punkt 7 Uhr geschlossen.

Die wahlberechtigten Einwohner der beiden Gemeinden werden hiermit zu dieser Wahl eingeladen. Sie haben sich durch Einwohnermeldeschein oder förmliche Ausweispapiere auszuweisen.

Gröba, den 18. November 1918.

Der Gemeindevorstand.

Bekanntmachung.

Der 11. Nachtrag zum Ortsgesetz für Weida (Einführung öffentlicher Gemeinderats-Sitzungen) und die aufgestellte Geschäftsordnung für die Sitzungen des Gemeinderates in Weida sind oberbehördlich genehmigt worden und liegen von heute an 14 Tage während der Geschäftsstunden im Gemeindeamt öffentlich aus. Dieser Nachtrag und die Geschäftsordnung treten mit heute in Kraft.

Weida, am 16. November 1918.

Der Gemeindevorstand.

Nach der ministeriellen Verordnung vom 15. d. M. sind zur Sicherung der Volksernährung Ortsausschüsse zu bilden. Der hiesig zu bildende Ausschuss hat aus insgesamt 8 Personen zu bestehen und zwar aus 4 Erzeugern und 4 Verbrauchern. Die Wahlhandlung zu diesem Ausschuss erfolgt am 20. d. M. im Gasthof Straßberger.

- a) für Erzeuger nachmittags 2 Uhr.
- b) für Verbraucher nachmittags 3 Uhr.

Wahlberechtigt sind alle über 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Einwohner der Gemeinde.

Weida, am 18. November 1918.

Der Gemeindevorstand.

Bekanntmachung, betr. Entlohnung Kriegsgefangener.

Infolge des mit der Entente abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrages treten nach einer vom Kriegsministerium im Einvernehmen mit dem vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat erlassenen Bestimmung vom 11. November 1918 ab für die in der Industrie und Landwirtschaft etwa zur Zeit noch beschäftigten Kriegsgefangenen gleich welcher Nation folgende neue Arbeitsbedingungen in Kraft:

- a) **Gewerblich:** Vom zuständigen Lohn des Gefangenen sind die den Arbeitgebern ausstehenden Rückvergütungen zu kürzen und der dann noch verbleibende Nettobetrag ist zusätzlich ent. gewährt. Freiwilliger Zulagen oder Prämien als Abfindung des Gefangenen soll auszuwählen und frei dieser Empfang sofort mit Tinte oder Blaustrich durch Namensunterschrift in den Arbeitslisten von den Gefangenen zu bestätigen.
- b) **Landwirtschaftlich:** Die Kriegsgefangenen erhalten als Mindestlohn
a) Mannschaften Mk. 0,50 auf Kopf und Arbeitstag,
b) Unteroffiziere Mk. 0,60

Vergleiche hierüber die im Mai 1918 über Rußen und Ukrainer allen Arbeitgebern zugegangenen Ausführungsbestimmungen des Kriegsgefangenenlagers Tr.-Bl. Königsbrunn, Abrechnungsstelle für Arbeitskommandos: Gewerbe Nr. 1078 und für Landwirtschaft Nr. 1035. Sollten diese Bestimmungen den neueren Arbeitsgebern nicht bekannt sein, so haben sich diese Arbeitgeber mit dem zuständigen Kontrollbezirk bezüglich der Führung des Gefangenen in den Arbeitslisten ins Einvernehmen zu setzen. Die Arbeitslisten sind bei Rückgabe der Gefangenen, mit Gefangenenquittung und Unterschrift des Arbeitgeber bis zum letzten Geschäftstags versehen, den betr. Transportführen anzuhändigen. Das Kriegsgefangenenlager Truppenlag Königsbrunn. J. A. Lindner. Lange, Major und Kommandant.

Die Neuordnung in Sachsen.

Die Ausschaltung der bürgerlichen Minister.

Aus Dresden wird gemeldet: Wie bekannt hat S. M. der König den Staatsministern auf ihre Ansuchen die Entlassung aus seinen Diensten bewilligt, ihnen dabei aber anheimgestellt, die Geschäfte, wenn zum Wohle des Landes erforderlich, fortzuführen. In Übereinstimmung damit haben sich die fünf Vorstände der einzelnen Ministerien: Dr. Feine, v. Wilsdorf, Dr. Schroeder, Dr. Koch, v. Hoffmann-Walthe eine an die ergangenen Anträge des Arbeiter- und Soldatenrates entsprechend bereit erklärt, im Einvernehmen mit diesem und unter dessen Verantwortung, die ihnen anvertrauten Ministerien weiter zu verwalten.

Bei einer Besprechung, die heute früh stattfand, erklärten die Vorgesetzten des Arbeiter- und Soldatenrates den Ministern, daß für ihre fernere Tätigkeit kein Raum vorhanden sei, da beabsichtigt sei, die sämtlichen Ministerien politisch und verwaltungsmäßig selbst zu übernehmen. Damit erledigte sich die Verantwortlichkeit der Minister.

Die Minister haben, es möchten auch in Zukunft die Beamten ungeschmälert im vollen Besitze ihrer Gehälter, Pensionen und Bartegelder belassen werden, da nur auf diese Weise schwere Bedrängnis abgewendet und die Arbeitsfähigkeit erhalten werden könne. Es wurden bezeugende Erklärungen erteilt.

Nach der Besprechung wurden die Ministerien sofort übergeben.

Bekanntmachung über Fortführung der Dienstgeschäfte.

Das sächsische Gesamtministerium hat eine Bekanntmachung erlassen, worin u. a. bestimmt wird: Die Übernahme der Geschäfte durch die neue Regierung hat eine Veränderung der Zuständigkeiten in der Behördenorganisation zunächst nicht zur Folge. Insbesondere bleibt die bestehende Über- und Unterordnung der Behörden bis auf weiteres unberührt. Die nachgeordneten Behörden erhalten bindende Verfügungen ausschließlich von den zuständigen Ministerien. Oertliche Arbeiter- und Soldatenräte haben keine Befugnis, den Behörden Befehle zu erteilen, die mit den Bestimmungen der vorgesetzten Dienstbehörden in Widerspruch stehen. Bündelt beschränkt

die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte auf die Kontrolle der einzelnen Verwaltungsbehörden bei der Durchführung der von der Zentralbehörde ergebenden Bestimmungen. Die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte haben für die Teilnahme an den Sitzungen Anspruch auf Vergütung. Sie beträgt für die Stunde 2 Mk. bis zum Höchstbetrage von 15 Mk. für den Tag. Eine Vergütung über die Klassen der staatlichen Behörden und Gemeinden steht den Arbeiter- und Soldatenräten nicht zu. Anträge auf Vergütung von Titeln und tragbaren Ehrenzeichen, auch des Feuerwehrajektivs und der Lebensleistungsmedaille, haben zu unterbleiben. Solche Verleihungen sind abgelehnt. Alle Behörden und Beamten werden erneut aufgefordert, ihre amtliche Tätigkeit zur Wahrung der öffentlichen Ordnung weiterzuführen, wogegen ihnen ihre gesetzlichen Ansprüche ungeschmälert gewahrt bleiben. Die politische Meinung und ihre Betätigung ist für die Beamten frei. Ein Bewilligungswort wird nicht ausgeübt werden, insbesondere sind keine ehrenwörtlichen Erklärungen über Betätigung einer bestimmten politischen Meinung zu fordern.

Zur Zusammensetzung der neuen sächsischen Regierung schreibt die „Dresdn. Volksztg.“, daß die radikale Richtung, die für den bekannnten Aufbruch in erster Linie verantwortlich ist, die wichtigsten Stellen in der Regierung besetzt hat, doch ist wenigstens äußerlich die Parität gewahrt. Bei der Besetzung der Regierung kam in Betracht, daß die erwähnte Richtung, die sich hauptsächlich aus Unabhängigen und Spartakusleuten zusammensetzt, durch in den ersten Stunden der Revolution zutagegetretene Befähigung der wichtigsten Posten in den Arbeiter- und Soldatenräten der Städte Dresden, Chemnitz und Leipzig, eine überlegende Mehrheit in den entscheidenden Beratungen hatte, obwohl sie höchstwahrscheinlich weder bei den Arbeitern im Lande noch in den drei Großstädten über eine solche verfügte. Zum Teil ist das Überwiegen der Richtung Kühle-Opinisti darauf zurückzuführen, daß in Chemnitz und Dresden, wo die alte Partei die erdrückende Mehrheit hat, die Genossen in dem Bestreben, eine Einigung herbeizuführen, sich mit den Unabhängigen auf eine paritätische Besetzung der Arbeiter- und Soldatenräte geeinigt, in Leipzig aber, wo die Unabhängigen herrschen, diese nicht nur eine solche Zusammen-

setzung, sondern jede Vertretung unserer Parteigenossen und des Gewerkschaftsartikels abgelehnt haben. Auf die Bestrebungen unserer Partei, zur besseren Sicherung der Revolution und ihrer Errungenschaften eine Einigung herbeizuführen, antworteten die Leipziger Unabhängigen mit dem Terror. Darauf ist ihr jegliches Übergewicht in den entscheidenden Stellen und auch bei der Besetzung der Regierung zurückzuführen. Von völlig einheitlichen Ansichten ist die neue Regierung offenbar nicht erfüllt. Das ist auch gar nicht nötig und auch kaum zu wünschen. Von dem besten Willen, die Errungenschaften der Revolution zu sichern, aber sind zweifellos alle neuen Männer erfüllt und dieser einheitliche Zug wird sie hoffentlich auch vorhandene Gegensätze leichter überwinden lassen.

Eine Erklärung der Dresdner Kommunisten.

In der gestrigen Sitzung des A. und S. Rates Groß-Dresdens gab der Vorsitzende Mühl folgendes Schreiben ab: Werte Genossen! Ich bin beauftragt, Ihnen im Namen der A. und S. Räten angelegentlich Kommunisten die anbei folgende Erklärung zu überreichen. Dresden, den 17. November 1918. gez. Mühl.

Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Die Revolution enthält sich mit jedem Tage mehr als ein grobangelegtes, von den bürgerlichen Regierungen gewolltes und vorbereitetes Täuschungsmanöver zu dem Zwecke, die kapitalistische Gesellschaft vor ihrem drohenden Untergange zu retten. Um den Preis eines billigen Friedens mit den Verbündeten und unterstützt von dieser gibt die Kapitalistenklasse Deutschlands daran, den Kommunismus (Volschewismus) — der die einzige, wirkliche Gefahr des Kapitalismus bildet — zu erdrosseln.

Sozialisten beider Richtungen leisten ihr dabei Hilfe. Damit wird die sogenannte Revolution zu einer gegenrevolutionären Aktion.

Die Kommunisten Groß-Dresdens haben sich am 9. November mit den abhängigen und unabhängigen Sozialdemokraten verbündet, um die sozialistische Revolution durchzuführen. Die Erfahrungen einer Woche haben genügt, zu der Erkenntnis, daß dieser Kompromiß unaltbar ist. Revolutionäre und gegenrevolutionäre Tendenzen lassen sich nicht vereinigen. Die Aufgabe, die begonnene revolutionäre

Erklärung... zu folgen und zu weichen...

Am 10. November 1918... (Text about the date and location)

Der A- und E-Rat... (Text about the A and E Council)

Erklärung... (Text about the explanation)

Am 10. November 1918... (Text about the date)

Der A- und E-Rat... (Text about the A and E Council)

Der A- und E-Rat... (Text about the A and E Council)

Der A- und E-Rat... (Text about the A and E Council)

Der A- und E-Rat... (Text about the A and E Council)

Der A- und E-Rat... (Text about the A and E Council)

Der A- und E-Rat... (Text about the A and E Council)

Verliches und Gähliches.

Mien, den 18. November 1918.

Am die landwirtschaftliche Bevölkerung... (Text about agricultural population)

Die Müdige.

Roman von Rudrig Rohmann. 48. Fortsetzung.

Die Müdige war schlaf, aber er fand schließlich doch... (Text about Müdige)

Ich will kurz sein... (Text about Müdige's thoughts)

Am Morgen... (Text about the morning)

Und wieder am anderen Tage... (Text about another day)

Am Morgen... (Text about the morning)

Am Morgen... (Text about the morning)

gemeint... (Text about the general situation)

Die letzte... (Text about the last situation)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)

Am 10. November... (Text about the date)



Allen denen, welche uns durch Wort und Schrift bei dem so schweren Verluste meines über alles geliebten Gatten und Vaters, Sohnes, Bruders, Schwiegersohnes und Schwagers, des Jägers

Max Hauck

zu trösten suchten, sagen wir hiermit unseren tiefgefühltesten Dank.

Riesa, den 18. November 1918.

M. verw. Hauck nebst Kinderchen und allen Angehörigen.

Für die vielen Beweise von Herzen kommender Teilnahme, die uns beim frühen Hinscheiden unseres hoffnungsvollen, heissgeliebten und unvergesslichen

Osmar

in Wort, Schrift und Blumenschmuck bekundet wurden, danken wir innigst. Insbesondere haben die tröstenden Worte des Herrn Pfarrers Lausohke, die von Herrn Kirchschullehrer Kaden geleiteten Trauergesänge und das dem lieben Frühvollendeten erwiesene letzte Geleit der Schuljugend, der Nachbarn und Freunde unsern wunden Herzen wohlgetan.

Du aber, lieber Osmar, ruhe sanft in Deiner stillen Gruft!

Schänitz, 17. November 1918.

In tiefster Trauer

Gutbesitzer **Woldemar Jahn und Familie.**



Für unser Vaterland und uns
Nach unser liebes Mitglied, der
Jäger Max Hauck.
Bewegten Herzens rufen wir ihm
ein „Gute Nacht!“ in sein fernes Grab
nach. Sein Andenken wird bei uns
kreis in Ehren gehalten werden.
Schützentruppsverein Riessa.

Robtschlächtere Riessa, Schützenstr. 19.
Robtschlächtere Riessa, Schützenstr. 19.
morgen Dienstag
auf rote Voran-
farte von früh 8-10 Uhr auf Nr. 887-888,
von nachm. 2-4 Uhr auf Nr. 986-1036 und
1-97. **Otto Sundermann, Robtschlächter.**

Robtschlächtere Riessa, Schützenstr. 19.
Robtschlächtere Riessa, Schützenstr. 19.
Mittwoch früh
von 7-9 Uhr
auf grüne Ausweiskarte Nr. 1-171.
Otto Sundermann, Robtschlächter.

Kartoffeln
auf Landeskarten für Riessa liefert
H. Grubbe, Goethestr. 39. Tel. 261.
Auf Wunsch bringe ins Haus.

Achtung! Schlachtpferde!
sucht jederselt zu kaufen. Bei Robtschlächtern
schnell, zur Stelle, Frau, Traudhorst.
Weiterverkauf findet nicht statt.
Albert Mehlhorn, Gröba.
Telephon Riessa Nr. 685.

Für die überaus zahlreichen Beweise liebevoller
Teilnahme bei dem schweren Verluste meines lieben
Mannes, unseres unvergesslichen Schwiegersohnes,
Bruders und Schwagers

Max Reinhard Bartsch

Sprechen wir allen hierdurch unsern tiefgefühltesten
Dank aus. Besonderen Dank dem Verwaltungs-
personal und sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen
der Na. Zeitbahn für die erwiesene letzte Ehrung,
sowie der lieben Frau Bäckner und allen Haus-
bewohnern für die liebevolle Pflege und den zahl-
reichen Blumenschmuck.

Zeitbahn, Reugersdorf.

Die trauernde Witwe
Martha verw. Bartsch
geb. Born
nebst Hinterbliebenen.

Für die uns in so reichem Maße erwiesene
liebevolle Teilnahme durch Wort, Schrift und über-
aus reichen Blumenschmuck beim Selbange unserer
lieben unvergesslichen Mutter, Schwieger- und
Großmutter, Frau

Franziska verw. Klöpfer

geb. Besser sagen wir nur hierdurch allen den herz-
lichsten aufrichtigsten Dank. Dir aber, liebe,
gute Mutter, rufen wir ein „Gute Nacht!“ und „Ruhe
sanft“ in die Ewigkeit nach.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Zeitbahn, Kuerbach i. Wdl.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teil-
nahme beim Selbange meiner lieben Frau, der
treuherzigen Mutter ihrer beiden Kinder,

Martha Kühne

geb. Theile

sagen wir nur hierdurch allen unsern tiefgeföh-
ltesten Dank. Besonderen danken wir Herrn Barrec
für die trostreichen Worte am Grabe und Herrn
Rantor für den erhabenden Gesang.

Der tieftrauernde Gatte nebst Kindern
und allen Angehörigen.

Röderau, den 16. November 1918.

Herzlichen Dank allen denen, die uns beim
Begräbnis unserer guten Mutter, Schwieger- und
Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Emilie verw. Walther

geb. Münch durch Wort, Schrift und Blumenschmuck
zu trösten suchten. Besonderen Dank dem Herrn
Administrator vom Rittergut Mergdorf und den
Mitarbeiterinnen für die erwiesene letzte Ehrung.
Dir aber, liebe Mutter, rufen wir ein „Ruhe sanft“
und „Gute Nacht!“ in die Ewigkeit nach.

Mergdorf, den 11. Nov. 1918.

Die trauernden Kinder und alle Hinterbliebenen.



Allen denen, welche bei dem schweren
Verluste meines unvergesslichen, teuren
Gatten und Vaters, des Dioners

Carl Mierecke

mit uns fühlten, stellen wir hiermit unsern herz-
lichsten Dank ab. Dir aber, lieber, guter Papa,
rufen wir ein „Ruhe sanft“ und „Gute Nacht!“ in
Dein viel zu frühes Grab nach. In tiefer Trauer

Winnna verw. Mierecke geb. Waldner
und Kinder.

Riessa, den 16. Nov. 1918.

Für die beim Hinscheiden unserer lieben Ent-
schlafenen, der

Frau Amalie Schubert

geb. Beulig

bewiesene Teilnahme, sowie den reichen Blumen-
schmuck sagen wir hierdurch unsern

herzlichsten Dank.

Voberfen, am 18. November 1918.

Hermann Schubert
und Kinder.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe meiner lieben Gattin,
Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Ida Marie Geiger

geb. Rühbach sagen wir allen Verwandten, Freun-
den, Bekannten und Nachbarn für aufrichtige Teil-
nahme in Wort und Schrift, für den überaus reichen
Blumenschmuck und für ehrende Begleitung zur
letzten Ruhestätte unsern innigsten Dank. Ferner
Dank auch den Herren Lehrern von Rühbach und
Glaubig für den schönen Gesang im Haus und am
Grabe, Herrn Pfarrer Arland für die trostreichen
Worte am Grabe, der Abteilung Zentrale Lauch-
hammer, den Herren Vorgesetzten und meiner lieben
Mitarbeiterinnen für die mir überreichte Geldspende.
Alles das hat unsern Herzen wohlgetan. Du aber,
liebe Mutter, habe Dank für alle Liebe, die Du
uns bewiesest.

Rühbach, am Begräbnistage 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen
Friedrich Geiger
nebst Tochter und Angehörigen.
Leicht sei Dir die Erde. Ruhe in Frieden.

Für die vielen Beweise liebevoller Teil-
nahme durch Wort, Schrift und schönen Blumen-
schmuck beim frühlichen Selbange und Be-
gräbnis unsern teuren Entschlafenen

Robert Grubbe

sagen wir hiermit allen unsern tiefgeföh-
ltesten Dank. Besonderen Dank dem Herrn Ober, den
Herren Vorgesetzten und der lieben Mitarbeiter-
schaft der Firma E. F. Förster für die erwiesene
letzte Ehrung. Alle diese Beweise haben unsern
Herzen sehr wohlgetan.

Sanft und ruhig war sein Leben,
Sanft und ruhig schlief er ein.
Wächte doch ein Jeder streben,
Ihm in helbem gleich zu sein!

Riessa, Kaiser-Franz-Joseph-Str. 16,
am 17. November 1918.

Auguste verw. Grubbe
nebst übrigen Hinterbliebenen.

Nachdem wir die irdische Hülle meines heissgeliebten Sohnes, unseres aber
alles geliebten teuren Bruders, Schwagers und Onkels, des Herrn

Hermann Alfred Poppe

dem kühlen Schoß der Erde übergeben haben, sagen wir allen für den schönen
Blumenschmuck und die ehrende Begleitung unsern herzlichsten Dank.

Insbesondere herzlichen Dank der lieben Jugend von Langenberg für die
schöne Blumenpende, Grabmum und den erhabenden Gesang im Trauerhause,
auf dem Wege und am Grabe. Desgleichen Herrn Pastor Arland für die
tröstenden Worte. Dank auch seinen lieben Mitarbeiterinnen für die schöne
Blumenpende. Dies alles hat unsern wunden Herzen wohlgetan. Dir aber,
lieber Alfred, rufen wir ein „Ruhe sanft“ und „Gute Nacht!“ in Dein allzufrühes
Grab nach.

Die tieftrauernde Mutter nebst Geschwistern
und Angehörigen.

Langenberg, am Begräbnistage.

Kartoffeln

auf Landeskarten
gibt ab
S. Aern, Gbstr. 2.
Telefon 337.

Auf Wunsch bringe ins Haus.

Zum Totenfest

empfehle Kranzblumen
in blo. Sorten.
**Julda Böttner, Gaupt-
str. 25, p.**

20. 11. & U. 1.

Die heutige Nr. umfasst
8 Seiten.

Die Republik und die Einzelstaaten.

Hast sämtliche deutsche Einzelstaaten haben sich als Sonderrepubliken erklärt. Auf den ersten Blick erscheint das als eine Hebung von Gesetz und Recht, die sich wie eine ewige Krankheit fortzieht. Es ist anzunehmen, daß die deutsche Republik als solche eine größere Verbindlichkeit der gesamten inneren Verwaltung durchzuführen muß und wird. Das gilt beispielsweise für das Verkehrs- und Steuerwesen, ebenso für die eigentliche innere Verwaltung. Damit entfielen zum Teil der Aufgabekreis der Einzelrepubliken. Was bisher die Aufrechterhaltung der gleichstaatlichen Einheit veranlaßte, das war die geschichtliche Entwicklung, die von Stammes- und dynastischen Einflüssen geleitet, an Sonderrechten fehlte. Nun wird gegen eine große deutsche Republik ins Feld geführt, daß sie damit auch die Kulturkrisen beilege, die bisher dem gesamtdeutschen Volk so furchtbar und tiefgründig verheerend waren. Neben Berlin, München, Dresden, Stuttgart, Karlsruhe und Weimar, von Hamburg, Bremen und Lübeck und anderen großen Kulturzentren nicht zu reden. Allein der Einwand trifft nur halb zu. Mit der Beilegung der Dynastien werden die ehemaligen Besitzverhältnisse unbedingt von dem verfallen, was bisher ihre Anziehungskraft ausmachte. Aber das muß kein dauernder Verlust sein, denn wie Frankfurt a. M., Köln, Braunschweig, können Städte sich als eine eigene Stadtstruktur schaffen, die nur aller Teil sein soll, um noch mehr als bisher zu leisten. Wichtiger ist indessen, daß die Verheerung der Einzelstaaten die Verwaltung unzulässig vergrößert. Kein Verwaltungsorgan ist eine Vergewaltigung von Energie jeder Art, die an anderer Stelle mit gleicher und notwendiger gebraucht werden. Niemand tritt damit der Eigenart der deutschen Stämme zu nahe. Sie wird nicht verschwinden, da sie nicht ein Ergebnis der staatlichen Uniformität, sondern der soziologischen Entwicklung ist. Wenn die einzelstaatlichen Sonder- und Verwaltungsrechte erhalten bleiben, so wäre das an sich ein Widerspruch gegen die Einheit der Nationen. Die Aufhebung der gesamten inneren Verwaltung würde überdies eine Erparnis an Arbeitskräften ermöglichen, ohne daß irgend ein mit wohnenden Menschen ausgefallener Bürger benachteiligt zu werden braucht.

Wie sehr uns das Stammesgefühl in Deutschland und Westdeutschland hindert, daß nicht die Sozialdemokraten nicht dazu zu rufen mochten. In München hat der Norddeutsche Reichsausschuss den bayerischen Reichsausschuss ausgerufen. Und in Weimar, im Herzen der deutschen Reichsausschüsse, will der Sozialdemokrat Dandner zum mindesten eine Republik bilden lassen. Gewiß kann und soll die Zentralisation nicht so weit gehen, daß alle Fäden in der Hauptstadt der Republik, in Berlin, zusammenlaufen. Auch die preussischen Provinzen verfügen über ein Sonderrecht, das an Art und Gestalt dem der Einzelstaaten nichts nachsteht. Es wird viel wichtige und wertvolle Einzelarbeit von den örtlichen Sonderorganisationen zu leisten sein. Es wäre ein Dohn auf die deutsche Republik, wenn jeder Einzelstaat ausschließlich an seiner Sonderverwaltung festhielte, das heißt für Angelegenheiten, die sich dem Zugriff des Gesamtstaates nicht mehr entziehen können. Ueber alle diese Dinge und noch einige andere mehr muß die kommende verfassunggebende Versammlung entscheiden. Sie hat nicht nur die Staatsform für das Gesamtreich ihren Inhalt und die Gewaltenteilung, sondern auch die verbindliche Mitarbeit und individuelle Beteiligung zu bestimmen. Sie kann vor innerdeutschen Stammesgrenzen nicht halt machen, ohne daß dabei das Eigenleben der Stämme angetastet wird. Aber Stärke muß über das eine wie das andere herrschen, und keine Partei wird sich einer Stellungnahme entziehen können. Je eher das geschieht, desto heilsamer ist das für die geistige, politische und wirtschaftliche Zukunft des ganzen deutschen Volkes.

Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen.

Ein energischer Protest Hindenburgs an Foch. Marschall Foch hatte, wie gemeldet, an die deutsche Oberste Heeresleitung eine Drohnote gerichtet, in der „Anordnungen“ gegen hier und da vorkommende Gewalttätigkeiten unserer Truppen angedroht wurden. Die deutsche Oberste Heeresleitung hat darauf geantwortet: Die deutschen Bevollmächtigten haben bei den Besprechungen schriftlich und mündlich immer wieder aufs eindringlichste betont, daß die Ausführung der unerbörten und technisch undurchführbaren Bedingungen Ausschreitungen unabweislich zur Folge haben werden. Die Schuld für diese Ausschreitungen fällt somit jetzt und in Zukunft ausschließlich der alliierten Heeresleitung zu. Gegen diese zu Unrecht erhobenen Vorwürfe erhebt die deutsche Oberste Heeresleitung Protest und betont erneut, daß die Weiterverfolgung der bisherigen Methode seitens der alliierten Heeresleitung wirksame Maßnahmen zum Schutz der eigenen wie der feindlichen Bevölkerung sowie für Schutz und Verpflegung der eigenen Truppen unmöglich macht. Sie reut erneut an, daß der Waffenstillstand in einem Weise durchgeführt wird, der die Wahrung der Menschlichkeit bei Freund und Feind nicht ausschließt. Zur Sache selbst bemerkt die deutsche Oberste Heeresleitung, daß es sich nach ihr gewordenen Nachrichten meistens um Ausschreitungen der Bevölkerung gegen die wohnhabenden Klassen ebenso wie gegen deutsche Soldaten handelt.

Auslieferung der ersten deutschen U-Bootsflotte.

Die erste deutsche U-Bootsflotte wird, wie wir erfahren, am Montag, den 18. November, ausgeliefert werden. Der erste Teil der für die Internierung bestimmten Kriegsschiffe hat, wie aus Kiel gemeldet wird, Sonntag nachmittag den Kieler Hafen verlassen und ist durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal nach der Nordsee abgedampft, wo die Schiffe weiteren Beschl erwarten, in welchem Hafen sie interniert werden sollen.

Die Auslieferung der Geschütze.

Aus Paris wird gemeldet, daß die Deutschen mit der Auslieferung der Geschütze begonnen haben. Der dritte Teil der Kanonen besteht aus Feldgeschützen, später kommt die schwere Artillerie an die Reihe, darunter die 42-cm-Mörser.

Kapitulation von Ostafrika.

Reuter meldet aus London: Das Kriegsministerium teilt mit, daß sich infolge der Bestimmungen des Waffenstillstandes die deutsche Streitmacht des Generals von Lettow-Vorbeck am Morgen des 14. November am Camp von Sidoni in Ostafrika im östlichen Rhodesien ergeben hat.

Die Verhandlungen der deutschen Waffenstillstandskommission mit Foch.

Der Kommandant der deutschen Waffenstillstandskommission, Marschall Foch, veröffentlicht in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ einen Bericht über die Verhandlungen zwischen der deutschen Waffenstillstandskommission und Marschall Foch. Man darf annehmen, daß die Tatsachen, die er hier mitteilt, auf Mitteilungen des Abgeordneten Erbsberger zurückzuführen sind. Sie gewinnen unter diesen Umständen eine besondere Bedeutung. Die deutsche Kommission nimmt für sich in Anspruch, daß ihr in vielen Punkten eine wesentliche Milderung der gegenwärtigen Forderungen gelungen ist, so vor allem in der eschloßbezüglichen Frage. Sie setzte durch, daß die Reichslande nicht als von Deutschen besetztes Gebiet bezeichnet wurden. Die Anwendung der Wilsonschen Grundsätze auf Ostafrika-Verträge ist dadurch völlig gewahrt. Es ist ferner erreicht, daß Verwaltung, Besatzung und Rechtsprechung im lindeinheimischen Gebiet unverändert deutsch bleiben. Weiter wurde das Hauptanliegen erreicht, daß die Nichtinhabung der Räumungsfrist kein Grund zur Kündigung des Waffenstillstandes sein soll. Ganz neu ist endlich die Mitteilung, daß die deutschen Truppen in Ostafrika nicht bedingungslos kapitulieren müssen; es wird ihnen vielmehr ehrenvoller Abzug gestattet. Sie werden bis zur Ankunft deutscher Schiffe in San Salvador, auf denen sie heimbeordert werden können, von der Entente verpflegt. Die Kommission hat außerdem durchgesetzt, daß es Deutschland vorbehalten bleibt, seine Kriegsschiffe anzumelden.

Das Vorrücken der Franzosen.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Paris: Man rechnet mit Sicherheit darauf, daß von Sonntag, den 17. ab, die französischen Truppen täglich um 10 Km. vorrücken werden, vom 21. November wahrscheinlich täglich 20 Km., so daß sie wahrscheinlich 100 Km. hinter sich bringen werden.

Von der Armee Madrasen.

Ueber die gemeldete angebliche Entwertung der Armee Madrasen ist, wie wir hören, an zuständigen Stellen nichts bekannt. Nach dem amtlichen Rapport und der Entente abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrag sollte die Armee Madrasen entmachtet werden, wenn sie innerhalb 14 Tagen nicht das unruhige Gebiet passiert hätte. Diesen Waffenstillstandsvertrag haben wir jedoch nicht unterzeichnet. Es wäre daher keineswegs völkerrechtswidrig, wenn die Armee bewaffnet durchmarschieren würde. Im Gegenteil wäre es nur ein Akt der Gewalt, wenn die Armee entmachtet würde. Nach Lage der Dinge könne eine Entwertung der Armee nur durch die Ententetruppen erfolgen. In diesem Falle würde die Entente ameislos die Waffen als Kriegsbeute betrachten, da wie uns zur Zeit noch im Kriegszustand befinden. Falls die Entwertung jedoch durch Ungarn vorgenommen würden, so blieben die Waffen nach wie vor deutsches Eigentum. Desgleichen blieben auch die in Warschau in polnische Hände gelangenen Waffen der deutschen Truppen nach wie vor deutsches Eigentum.

Der Rückzug des deutschen Heeres.

Die Oberste Heeresleitung teilt mit, daß sich die Divisionen in lecher Geschlossenheit und vollster Ordnung zurückziehen, Unordnung herrscht nur auf den Etappen. Hier haben sich die Truppen vielfach ohne weiteren Befehl auf den Rückmarsch begeben. Doch dürfte das eingerichtete Ordnungssystem seine Wirkung tun und die Wehrkraft der Truppen aufhalten und geordnet in die Heimat leiten.

Die Friedensverhandlungen.

Unmäßige Schadenersatzsprüche. In Paris verlautet, daß die Vorarbeitenverhandlungen bereits in den nächsten Tagen ihren Anfang nehmen werden, daß diese Verhandlungen mit der eigentlichen Friedenskonferenz aber nicht identisch seien. Wie das Welt Journal meldet, werden die Friedensverhandlungen kaum vor Januar beginnen können, da die Vorbereitungen unter den Verbänden voraussichtlich noch längere Zeit in Anspruch nehmen werden. In politischen Kreisen verlautet, daß innerhalb des Verbandes durch die unmäßigen Schadenersatzsprüche ernste Unstimmigkeiten hervorgerufen worden seien. Eine frühere Tagung der Friedenskonferenz sei daher ausgeschlossen. Die der Latin feststellt, werden die Ansprüche, die Frankreich an Deutschland stellt, 240 Milliarden (b) betragen. Diese Summe legt sich wie folgt zusammen: Zurückerstattung der fünf Milliarden von 1870/71 nebst Zinsen und Zinseszinsen zusammen 140 Milliarden, für Invalidenrenten 50 Milliarden, für Kriegskosten 50 Milliarden, zum Wiederaufbau und als Schadenersatz 100 Milliarden, zusammen 340 Milliarden. Die vorderste Anerkennung dieser Schuldsumme sei, wie das Blatt hervorhebt, die Vorbedingungen der Friedensverhandlungen. Sanftmütige Antwort an Solf. Holandisch Neues Bureau meldet aus Washington: Lansing hat auf die Note des Staatssekretärs Solf, in der auf einen schnellen Frieden gedrungen wird, geantwortet, die deutsche Regierung müsse ihr Eruchen nicht allein den Vereinigten Staaten, sondern auch den Verbündeten unterbreiten.

Die zu liefernden Lebensmittelmengen.

Wie wir erfahren, entbehrt die Nachricht, die von einem Berliner Morgenblatt gebracht wurde, wonach die einzelnen Mengen der von Amerika zu liefernden Lebensmittel bereits feststünden, jeder Grundlage. Die Verhandlungen hierüber sind vielmehr noch im Gange.

Differenzen zwischen Serben und Italiener.

Der Kommandant der serbischen Truppen in Leobach sandte eine Note an die gegen Leobach vorrückenden Kommandierenden italienischer Truppen, worin er erklärte, daß er durch das weitere Vordringen der Italiener gezwungen wäre, zu den Waffen zu greifen.

Die Revolution.

Landberg über die Nationalversammlung. Wie das Mitglied des Rates der Volksbeauftragten Landberg Vertreter der Presse mitteilte, befindet sich in der Reichsregierung kein einziger, der das Verlangen habe, an die Stelle der Nationalversammlung eine andere Körperschaft zu setzen. Nach seiner Kenntnis der Verhältnisse der Regierungsmittelglieder könne er sagen: „Wir sind Demokraten gewesen und wollen es bleiben. Wir stehen und fallen mit der konstituierenden Nationalversammlung.“ Die Nationalversammlung komme bestimmt und es bleibe nur die Frage, wann sie komme. Soviel lasse sich sagen, daß man nicht eine Minute, ja nicht eine Sekunde länger warten werde als nötig ist. Es sei nur

zu bedenken, daß ungeheure Schwierigkeiten technischer Art zu überwinden seien. Unmöglich könne man nach dem alten Reichstagswahlrecht wählen, das sich im Laufe der Zeit zu einem Mehrheitswahlrecht für das flache Land entwickelt habe. Das kommende Wahlrecht werde das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht sein, mit dem Verhältniswahlrecht und allen Variationen vom 20. Lebensjahre ab zuteilen. Die Aufstellung der Wählerlisten sei ungeheuer schwierig und die Erhebungen mit dem Verhältniswahlrecht sehr gering. Sinn komme noch, daß man die Soldaten doch am allerwenigsten ausschließen könne. Das Wahlrecht könne von den Soldaten aber nur ausgeübt werden, wenn sie entweder an der Front oder in der Heimat wären, nicht aber solange sie sich auf dem Marsche befänden. Die Regierung betrachte sich keineswegs als diktatorisch, sondern als aus der Revolution hervorgegangene rechtmäßige Regierung für die Zeit des Provisoriums. Der Titel Reichskanzler komme dem Volksbeauftragten Ebert nicht zu. Die Verfassung des Reiches sei darauf ausgeht worden, daß das Reich nur einen Minister, nämlich den Reichskanzler haben soll. Jetzt gäbe es sechs Minister mit gleichen Rechten. Den Vorherrschaft Ebert und Haase und zwar ebenfalls mit gleichen Befugnissen.

Wie wir hören, ist die Vorbereitung der Wahlen zur Nationalversammlung dem Reichsamt des Innern unterstellt, dessen Leitung wie bekannt einem namhaften bürgerlichen Politiker, dem Professor Dr. Preuß, übertragen worden ist.

Um die Doppelwahl zur Nationalversammlung des Reiches und der einzelnen Bundesstaaten zu vermeiden, werden die für die Nationalversammlung des Reiches gewählten Abgeordneten auch als Abgeordnete der Nationalversammlung ihrer Bundesstaaten fungieren.

Im „Vorwärts“ bekennt sich W. Scheidemann zu der sofortigen Einberufung der Nationalversammlung. Für die sozialdemokratische Partei gilt es zu einem Wahlkampf zu rufen, wie er keinesfalls noch nie dagewesen sei. In den Kreisen der Unabhängigen ist man der Meinung, daß man zur Frage der Einberufung der Nationalversammlung jetzt noch nicht Stellung nehmen solle, da man vorher die Erzeugnisse der Revolution fertigen und eine weitgehende Sozialisierung durchlegen möchte. Das soziale, gegen den Kapitalismus gerichtete Programm der Unabhängigen soll in seinem wichtigsten Teil zur vollzogenen Tatsache werden, bevor man die Zustimmung zur Einberufung der Nationalversammlung geben will.

Das neue Wahlrecht.

für die Nationalversammlung ist, wie wir erfahren, tatsächlich vom Reichsamt des Innern im Entwurf angefertigt, aber der Termin für die Auslegung der Wählerlisten (2. Januar) und für die Wahl (2. Februar 1919) steht vorläufig erst im Entwurf und ist noch nicht, wie von anderer Seite gemeldet worden ist, schon von der Regierung angenommen. Die Mehrzahl der Unabhängigen wünscht einen früheren Termin und möchte ihn nicht vor dem März nächsten Jahres angelegt finden. Grundrisslich ist auch die Wehrkraft der Unabhängigen für die Einberufung einer Nationalversammlung: etwa 150 000 Wähler sollen nach dem Entwurf, der im allgemeinen sich eng an die Bestimmungen des Reichstagswahlrechts anlehnt, je einen Abgeordneten wählen, jedoch sich deren Zahl um ungefähr 30 erhöhen würde. Dazu kämen noch die aus Deutsch-Oesterreich nach demselben Prinzip zu wählenden Abgeordneten. Die Wahlkreisinteilung wird, wie wir hören, eine andere als bisher sein. Dadurch wird bemerkt, daß das flache Land nicht, wie bisher, gegenüber den Städten bevorzugt erscheint, sondern die gleiche Zahl von Wählern überall das gleiche Recht bei der Wahl erhält.

Der Wahltermin für die Nationalversammlung.

Wie die Berliner Blätter melden, steht der vom Reichsamt des Innern ausgearbeitete Entwurf über die Wahlordnung für die konstituierende Nationalversammlung als Termin für die Auslegung der Wählerlisten den 2. Januar 1919, als Wahltag den 2. Februar 1919 vor. Der Entwurf sei fertiggestellt und bereits von der Reichsregierung durchberaten worden. Es sei nicht unmöglich, daß diese noch größere Änderungen an ihm vornimmt.

Parteisammenschluß.

Wie der Berl. Lokalanz. erzählt, haben sich die konservernativ Partei und die freikonservernativ Partei, bez. die frühere Reichspartei zu einer einzigen Partei zusammengeslossen.

Der Aufmarsch der Parteien.

Der Gedanke eines Zusammenschlusses aller bisher rechts der Sozialdemokratie stehenden Parteien ist geistlich, obwohl bei jeder einzelnen Partei die Erkenntnis herausgearbeitet hat, daß die alten Programme entwertet sind und etwas ganz Neues an ihre Stelle gesetzt werden muß. Das monarchische System als Prinzip werden zwar die rechts gerichteten Gruppen nicht aufgeben, aber sie sehen ein, daß keine Wiederaufrichtung nur unter neuen schwereren inneren Erschütterungen möglich ist, und erklären sich, um dies zu vermeiden, bereit, sich mit der Republik als einer bestehenden Tatsache abzufinden. Ein Teil der bisherigen Führer dürfte einseitig von der politischen Arena abziehen. Einen solchen Entschluß haben bereits Herr von Hebbebrand von den Konservativen und der bisherige Reichskanzler von Paner gefaßt. Zunächst haben die verschiedenen konservernativ Gruppen sich gefunden. Konservernativ, Freikonservernativ, Deutsch-Sozial, Christlich-Sozial, Antikommunisten, kurz alles, was sich im Reichstag in der Deutschen Fraktion vereinigt hatte, will sich jetzt wenigstens bis zur Konstituante verschmelzen und als deutschnationale Volkspartei oder deutsche Reichspartei in den Wahlkampf eintreten.

Nicht ganz klar liegen die Dinge noch bei den liberalen Parteien, da hier sich verschiedene Strömungen trennen. Das Schwerkriegs liegt darauf, ob eine solche Verknüpfung zustande kommt. Die Grundlagen dafür sind geschaffen in dem von Vertretern beider Parteien gemeinsam aufgestellten Programm, das in zwanzig Punkten die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Liberalen zusammenfaßt. Es wird die Wahrung der Reichseinheit erhalten, Aufrechterhaltung der kolonialpolitischen Betätigung und Neugestaltung des Volkswesens nach den Lehren des Krieges verlangen, dazu Neuaufbau des auswärtigen Amtes und des auswärtigen Dienstes. Es tritt ein für eine ausgedehnte innere Kolonisation, für Überleitung der Privatmonopole in Staatsmonopole, für eine progressive Vermögensabgabe und internationalen Ausbau der Sozialpolitik. — Wie uns aus Berlin gemeldet wird, wurde am 17. November tatsächlich die Einigung zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlichen grundsätzlich vollzogen.

Eine republikanische Soldatenwehr.

Amlich wird aus Berlin gemeldet: Der Kommandant von Berlin, Weis, veröffentlicht folgenden Aufruf an die

Soldaten: Soldaten! Die Dummheit und die Unreinlichkeit sind die größte Gefahr für unsere junge Republik. Kameraden! Mit Eurer Hilfe wurde an Stelle des alten Regimes die neue Ordnung des Volksstaates ins Leben gerufen. Daß diese Ordnung nicht niedertraten, die Demobilisierung hat begonnen. Bildet aus Euren Reihen eine republikanische Soldatenwehr, die Ordnung, Freiheit und Ruhe aufrechterhält. Eure Soldatenräte haben Pflichten aufgelegt, in die sich alle einzelnen können, welche sich dieser hohen und bringend notwendigen Aufgabe widmen wollen, doch müßt Ihr Euch für längere Zeit verpflichten. Ihr erhaltet ausreichende Eöhnung und Verpflegung. Allen voran Ihr Berliner Kameraden, laßt Euer Vaterland nicht der Blünderung und dem Bruderkrieg anheimfallen. Ihr müßt an erster Stelle in diese Wehr eintreten.

Ein neuer großer Matrosenrat in Kiel.

In Kiel soll ein Matrosenrat für sämtliche Matrosen, die sich an der Wasserfront befinden, gegründet werden.

Rückkehr des Kaisers nach Potsdam?

Nach Auskunft des Potsdamer Arbeiter- und Soldatenrats ist, wie "Tag" meldet, es nicht ausgeschlossen, daß der bisherige Kaiser nach Potsdam zurückkehrt. Den jetzt zuständigen Stellen ist unter Darlegung der gegenwärtigen in Holland herrschenden unsicheren Verhältnisse eine derartige Anregung unterbreitet worden und hat keine grundsätzliche Ablehnung gefunden. Unter dieser veränderten Sachlage sind auch die Gerüchte über eine Abreise der bisherigen Kaiserin bündig. Sie ist durch die Aufregungen sehr mitgenommen, hat aber dem Potsdamer A- und S-Rat mit ihrem Danke den Entschluß mitgeteilt, vorläufig weiter im Neuen Palais zu bleiben, nachdem der Vorstand des Soldatenrats sich für ihre völlige Sicherheit verbürgt hat.

Tirpitz in der Schweiz.

Die Frankf. Sta. schreibt: Der Großadmiral von Tirpitz, der wenige Tage vor dem Ausbruch der Revolution von Berlin in aller Stille abgereist ist, ist in der Schweiz angekommen.

Die polnische Bevölkerung Polens auffällig.

Aus Telegrammen, die der Regierung aus der Provinz Polen zugegangen sind, geht, wie wir erfahren hervor, daß die polnische Bevölkerung auffällig und die deutsche Bevölkerung in größter Verlegenheit ist. Es haben sich teilweise Soldatenräte gebildet, die deutsch und Arbeiterräte, die polnisch sind. Verständigungsbemühungen sind im Gange. Im Falle eines Einmarsches polnischer Truppen wäre es kaum

möglich, im Wege der Kommandomacht nennenswerte Kruppenmassen vorhin zu werfen. Es bestände jedoch kein Zweifel, daß sich im Falle eines Aufrufes zur Verteidigung des bedrohten deutschen Gebietes genügend Soldaten freiwillig zur Verfügung stellen würden. Zweitens besteht bei den Polen die Absicht, sich noch vor Friedensschluß in den Besitz der beanspruchten deutschen Gebiete zu setzen. Der Schutz des Landes liegt dem Kriegsministerium ob, welches mittelste, daß ein Oberkommando zum Schutze des Ostens errichtet worden sei.

Dem "Vormärts" wird aus Polen vom 15. dieses Monats telegraphiert: Seit gestern befinden sich die Stadt und ein großer Teil der Provinz Polen in polnischen Händen, und zwar geschah diese Entwicklung nicht durch den Einzug polnischer Legionen von außen, sondern dadurch, daß die Polen im Arbeiter- und Soldatenrat die Macht an sich brachten. Die sozialdemokratische Partei hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß mit dem Über-

gang der tatsächlichen politischen Macht in die Hände der polnischen nationalen Bewegung als mit einer Lasten gerechnet werden müsse. Von den Zentralbehörden in Berlin erwartet sie Maßnahmen zum Schutze der deutschen und der jüdischen Minderheiten. Auf das Gerücht hin, daß polnische Legionen im Anmarsch seien, wurde Senba an die Grenze geschickt. Er kam mit der Nachricht zurück, an diesem Gerücht sei kein wahres Wort. Die Legionen kommen, wie gesagt, nicht von außen, sondern werden im Innern gebildet. Munition und Proviant sind in ihren Händen und in Polen regiert der polnische Soldat.

Nach Spanien

vor einer revolutionären Bewegung.

In Spanien befürchtet man eine revolutionäre Bewegung. Der König hat erklärt, daß er sich keiner Reform, die das spanische Volk fordern werde, entgegenstellen würde.



Allen lieben Freunden, Verwandten und Bekannten für die schönen Geschenke und Gratulationen zu unserer **Silberhochzeit** sagen wir unseren **herzinnigsten Dank.**
Gröba, den 18. Nov. 1918.
Fermann Wittmeier u. Frau.
Klein. Dachshund verlaufen. Nachricht erbittet P. Fischer, Neumweide 73.
Suche per 1. Januar od. später größere **Wohnung zu mieten.** Offerten mit Preis unter B C 602 an das Tagbl. Niesla.
Gutmöbl. Zimmer u. best. Derrn sofort gesucht. Offerten unter C C 608 an das Tagblatt Niesla.
2 Herren suchen sofort **möbliertes Zimmer mit Klavier.** Beste Offerten unt. D C 604 an das Nieslaer Tagblatt.
Frau m. 1 Kind sucht für sof. **Wohnung.** Uebernehme auch Führung frauenlosen Haushalts oder Hausmannsposten. Beste Angebote unter F C 606 an das Nieslaer Tagbl. erbeten.
Möbliertes Zimmer von besserem Mädchen gesucht. Offerten unt. K B 602 an das Nieslaer Tagblatt.
Möbl. Zimmer in oder Nähe Gröba gesucht. Offerten unter A C 601 an das Tagblatt Niesla.
Schlafstelle mit Klümpchen zu mieten gesucht. Off. m. Preisang. unt. G C 607 an das Tagbl. Niesla.
Ant. Mädch. sucht ein- **möbl. Zimmer** oder freundl. Schlafstelle. Angebote unter L C 611 an das Tagblatt Niesla.
Möbl. Zimmer zu mieten gesucht. Angebote unt. M C 613 an das Tagblatt Niesla.
Möbl. Zimmer zu vermieten **Woytich Str. 27, 1. r.**
Frödl. Schlafstelle für Fräulein zum Mitbewohnen frei. Wo? sagt das Tagblatt Niesla.
Gutmöbl. Zimmer zu vermieten **Wismarstr. 11a, 3. Mitte.**
Offermädchen vom Lande sucht Stellung. Zu erfr. im Tagbl. Niesla.
Tüchtiges, sauberes **Mädchen** baldmöglichst gesucht. **Frau Ing. Gausen, Gröba, Elbweg 6.**

Die politischen Veränderungen, die in der letzten Zeit vor sich gegangen sind, lassen es angezeigt erscheinen, daß auch die Landwirte sich wie andere Berufs- und Erwerbskreise zu einem Rat (Bauernrat) zusammenschließen. Zu diesem Zwecke bittet der Landwirtschaftliche Verein seine Mitglieder,

Donnerstag, am 21. November 1918,
nachmittags 3 Uhr,

in der Alten Post zu Stauditz zusammenzukommen und zu dieser Versammlung auch alle anderen Landwirte, die nicht Mitglieder des Vereins sind, aufzufordern. Da auch die Interessen der landwirtschaftlichen Arbeiter durch den Bauernrat mit wahrgenommen werden sollen, so ist es angebracht und erwünscht, daß auch diese an der Versammlung teilnehmen, und bitten wir unsere Mitglieder, das Nötige zu veranlassen.

Der Landwirtschaftliche Verein für Stauditz und Umgegend.

Mein Kontor und sämtliche Lagerräume befinden sich ab heute

Arno Zäncker

Baugeschäft und Baumaterialienhandlung.

Klötzerstr. 24.

Kriegerw. sucht Beschäftigung für einige Stdn. nachmittags. Zu erfragen **Rundzell 2a.**
Suche 1. sof. Antritt gutemol. beheres, kinderliebes und zuverlässiges **Mädchen für Küche und Haus.** Adresse zu erfragen im Nieslaer Tagblatt.
Größeres Schulmädchen zur **Aufwartung** für einige Stunden des Tages gesucht. Kinderliebende bevorzugt. Gröba, Altrodstr. 86, p.
Suche für möglichst bald ob. 1. 1. 19 beheres, kinderliebes **Stubenmädchen.** Frau Wilm. Braune, Niederlagstr. 9, 1.
Fräulein sucht Beschäftigung im Laden, in Geschäft oder in Fabrik. Angebote erbittet **Woytichstr. 49, Stb. 1. Gg.**

Größeres Schulmädchen als Aufwartung für tägl. einige Stunden gesucht. Zu erfragen im Tagbl. Niesla.
Unabhängiger, ältere Frau oder Witwe wird zur Führung eines frauenlosen Haushalts gesucht. Offerten unt. J C 609 an das Tagblatt Niesla.
Landwirt, 32 Jahre alt, vermögnd, Bildungsteilnehmer, sucht ab 1. Januar leitende Stelle in Landwirtschaft ev. auch Einzelrat. Angebote unter K C 610 an das Tagbl. Niesla.
Bauarbeiter und Frauen werden sofort eingestellt. **Poller Einzel, Eisenwerk Niesla.** Zu melden beim Vortier.
F. dervert aus Privatband zu kaufen gesucht. Frau J. Reich, Dresden 11, Gr. Brüdergasse 14, 1.

30000 Mt. auf gute 1. Doppelbel gesucht vom Selbstg. Offerten unt. H C 606 an das Tagbl. Niesla.
Junge Frau sucht für sofort oder später **kleines Geschäft** zu kaufen oder zu pachten. Offerten unt. C C 606 an das Nieslaer Tagblatt erbeten.
Stärke Ferkel und kleine Läufer haben zu verkaufen. **Woldemar Lamm, Gröba.** Kaufs-Verhandlung ist mitzubringen.
Eine lebe gutmütigende **Ziege** sofort zu kaufen gesucht **Weytich Str. 24 (Donner).**
Trutzhühner zur Zucht, Hahn und Henne, verkauft **Werner, Oelitz.**

Des Buftages wegen erscheint das Nieslaer Tageblatt am kommenden Mittwoch nicht.

Kirchennachrichten.
2. Advent 1918.
Niesla. Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst (Bl. 119, 106, 107) und danach Abendmahlsfeier (Pastor Luthardt). Nachm. 6 Uhr Predigtgottesdienst, Offb. 8, 19, mit Abendmahlsfeier (Pfarrer Friedrich). Donnerstag, den 21. November, abends 8 Uhr Bibelstunde (Pfarrer Friedrich).
Weiba. Vorm. 1/9 Uhr Beichte und Abendmahlsfeier, 9 Uhr Predigtgottesdienst. Nachm. 6 Uhr Beichte und Abendmahlsfeier.
Gröba. Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst mit anschließender Abendmahlsfeier, P. Winter. Abends 6 Uhr Abendmannaion.
Pausa. 8 Uhr Beichte, 1/9 Uhr Gottesdienst, 1/2 Uhr Unterredung mit der konfirmierten Jugend. Danach Jungfrauenverein in der Pausa.
Niederau. Vorm. 1/9 Uhr Beichte und Abendmahl, 9 Uhr Predigtgottesdienst. Nachm. 3 Uhr Abendmahls-gottesdienst, Anmeldung bitte tags zuvor.
Zeitheim. Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. Stud. theol. Reichel, 8 Uhr Abendmahls-gottesdienst, Beichtrede stud. theol. Reichel.
Glaubitz. Vorm. 8 Uhr Beichte und 8. Abendmahl. vorm. 1/9 Uhr Frühkirche, nachm. 1/8 Uhr Abendmahls-gottesdienst.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.
Für Dienstag, den 19. November:
Ein erhellendes Programm.
Freitag, d. 22. bis Donnerstag, d. 28. November.
- 6 Tage -
Das Himmelschiff
Zukunftroman in sechs Abteilungen von Sophus Michaëlis und Ole Olsen.
Musikbegleitung wird ausgeführt von Musikliebfern der Kapelle des Herrn Obermusikmeister Pimmier.
Beginn der Vorstellungen:
Freitag, d. 22. Nov., Montag, d. 25. u. Donnerstag, d. 28. Nov., punkt 8 Uhr; Sonnabend, d. 23., Dienstag, d. 26. u. Mittwoch, d. 27. Nov., 9 Vorstellungen.
Aufgang punkt 8 u. 8 Uhr.
Die Anfangskarten werden pünktlich eingehalten.
Die Bekkerin: Anna Jach.

1 junge Ziege steht zu verkaufen **Glaubitz Str. 49.**
Eine neue Wandoline zu verkaufen. Wo? sagt das Tagblatt Niesla.
Gelbes, kinderwagen, (kleine neuart. Form), so gut wie neu, zu verkaufen **Woytichstr. 59, 2.**
Böttcherarbeit in neuen und alten Fässern und Wannen übernimmt **Böttcher Klose, Neu-Weiba.**
Zischgäste werden noch angenommen **Rail-Wilb. Platz 11, 2. L.**

Kautabak (Arduer-Brum) u. a. Tabakrippen, Rolle 68 Wg., u. 100 Stück zu 60 Wg. **Selbstläger, Dresden-K. 19, Woytichstr. 29.**
Gelbe Kohlrüben **Weißkraut** **Marotten** **Kürbisse** **Zwiebels** empfiehlt **Georg Schneider** Kaiser-Frang-Joseph-Str. 34.